

„Pulse of Europe“ Neues Deutschland Kolumne PRO 29.03.17 Offener Brief LINKE 31.03.17 Debatte CONTRA 31.03.17

KOLUMNE

Ein Partner für die Linke

Fortschrittliche Kräfte sollten sich an den »Pulse of Europe«-Protesten beteiligen, meint Sebastian Weiermann

Die (radikale) Linke steht mal wieder auf dem Bürgersteig, während auf den Straßen in Deutschland eine an-schlussfähige Bewegung protestiert. »Pulse of Europe« ist bestimmt kein Projekt für die befreite Gesellschaft, aber eine Bewegung, die den Nationalismus in Europa aufhalten will. Wer in der Gesellschaft kämpfen will, sollte in die Bewegung intervenieren.

Autonome Antifas aus Leipzig hatten vor 13 Jahren eine Kampagne unter dem Motto »Die neue Heimat Europa verraten« initiiert. Es ging um die deutsche Hegemonialstellung innerhalb der EU, anti-amerikanischen Ressentiments und darum, dass das gesamte europäische Projekt nicht über Kapitalismus und Nationalismus hinausweist. Heute, 15 Jahre später, sieht es in Europa nicht besser aus. Nach dem Brexit wird die Bundesrepublik eine noch größere Macht innerhalb der EU haben. Die Union insgesamt hat sich nicht positiv entwickelt. Die Außenregieren stehen den Mauerbauplänen von Donald Trump in nichts nach. Die von Deutschland maßgeblich gestützte Austeritätspolitik hat in den »Krisenstaaten« – vor allem in Griechenland – fürchterliche Folgen. Es gibt also keinen Grund, die Europäische Union im Moment hochleben zu lassen. Der Staatenbund ist ein Teil des Problems.

Allerdings gibt es in quasi allen europäischen Staaten derzeit populistische Strömungen, die vor Jahren nicht absehbar waren. In Großbritannien hat die UKIP den Brexit maßgeblich mit vorangebracht, Geert Wilders holte bei den Wahlen in den Niederlanden die zweitmeisten Stimmen, Marine Le Pen könnte Frankreichs nächste Präsidentin werden, die AfD mit einem zweistelligen Ergebnis in den Bundestag einzuziehen. All diese Parteien eint, neben

Rassismus, eine Feindlichkeit gegenüber der EU.

Dagegen hat sich »Pulse of Europe« entwickelt. Die Bewegung, die es erst seit wenigen Monaten gibt, erlebt derzeit einen Hype. Jede Woche demonstrieren mehr Menschen. »Pulse of Europe« spricht sich für die EU aus. Inhaltlich gibt es von der Bewegung nicht mehr als schwammige »Zehn Punkte«. Darin spricht man sich für Rechtsstaatlichkeit und

Trotzdem gibt es gute Gründe für Linke, sich bei »Pulse of Europe« einzumischen. Seit die »Heimat Europa« verraten werden sollte, haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert. Nationalistische Parteien sind auf dem Vormarsch. Die Linke, nicht nur in Deutschland, befindet sich in einem Abwehrkampf. In der Auseinandersetzung mit der AfD können die Europa-Fans also durchaus ein Partner sein. Und in den meisten anderen Fragen ist es die Sache von Linken, in die Diskussionen bei »Pulse of Europe« zu intervenieren. Linke können klar machen, dass die europäischen Werte, von denen bei »Pulse« immer wieder die Rede ist, sich am Umgang der EU mit Geflüchteten und Armen messen lassen müssen. Dass aus der EU ein Projekt der sozialen Gerechtigkeit und Freizügigkeit werden muss, um nicht immer neue Krisen hervorzubringen.

Bei vielen Demonstranten wird man damit auf Ablehnung stoßen. Sie profitieren als deutsche Mittelschicht von der EU in ihrer bisherigen Form. Allerdings gehen nicht oft tausende Menschen in Deutschland auf die Straße und weisen gewisse Schnittmengen mit der Linken auf. Natürlich können Interventionen in Bewegungen scheitern, aber die Linke in Deutschland, egal ob als Partei oder radikale Bewegung, hat wenig zu verlieren. Außerdem mag die EU, wie sie ist, kein Traum sein. Als bürgerliche Demokratie lässt sie ihren Bewohnern aber umfassende Rechte in Sachen Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die für den Kampf für eine bessere Zukunft unerlässlich sind. Wie schwer es eine Opposition ohne diese Rechte hat, kann man an den autoritären Projekten an den Rändern Europas beobachten.



Sebastian Weiermann schreibt aus Nordrhein-Westfalen regelmäßig für diese Zeitung.
Foto: privat

Grundfreiheiten aus, will Europa lebendiger machen und reformieren. In welchem Bereich wird nicht ausgeführt.

Viele Linke ärgern sich über »Pulse of Europe«. Der Frieden, von dem die Bewegung spreche, vergesse Kriege in Europa. Auch erwähnt »Pulse« weder das europäische Grenzregime noch die Austeritätspolitik. Für noch mehr Unmut sorgen Äußerungen aus dem Organisationskreis. Eine Dresdnerin hatte gesagt, dass auch Pegida-Anhänger teilnehmen könnten, wenn sie für ein geeintes Europa seien. Auch dass einer der Initiatoren freudig erklärte, dass von Rechts bis Links alles dabei sei, sorgte nicht für Freude in der radikalen Linken.

Die LINKE will mit »Pulse of Europe« reden

Abgeordnete schreiben Offenen Brief an OrganisatorInnen und fordern Auseinandersetzung über politische Ziele

Die Frage nach dem Umgang mit der neuen Bewegung »Pulse of Europe« treibt die gesellschaftliche Linke um. Ein Vorschlag: Reden.

Von Elsa Koester

Wenn sich plötzlich Bewegungen bilden und selbstständig auf die Straße gehen, ohne dabei mit linken Organisationen in Kontakt zu sein, ist das für selbige immer eine schwierige Angelegenheit. Auf der einen Seite, weil die politischen Inhalte, die da auf die Straße getragen werden, der Linken in den allermeisten Fällen zu unpolitisch oder nicht links genug sind. Und zweitens, weil sie häufig ähnliche Probleme anprangern wie die Linke, die selbst in ihren Mobilisierungen aber selten über den Kreis der Linkspolitisierten hinaus kommt.

Mit »Pulse of Europe« ist genau so ein Fall eingetreten: Hier gehen seit Wochen Tausende auf die Straße, um für Europa und gegen rechtspopulistische Nationalismen zu demonstrieren – spätestens seit der »Blockupy«-Kampagne ein Kernthema linker Gruppen und Parteien. Gleichzeitig sind die politischen Ziele dieser Initiative mehr als schwammig definiert. Die Hauptthese im Selbstverständnis ist: »Europa darf nicht scheitern.« Weiter ist die Rede von einer europäischen Identität, von Rechtsstaatlichkeit, freiheitlichem Denken, Demokratie und der EU als Friedensprojekt. Auch die Reformierung der EU wird gefordert, ohne dabei konkret zu werden: »Die europäische Idee muss wieder verständlicher und bürgernäher werden«, steht in den zehn Grundthesen, und: »Europa soll wieder Freude bereiten.«

Bereits 2016 wurde die Bewegung gegründet, in den vergangenen Wochen wuchs sie stark an. In linken Foren wird der politische Pluralismus und ein unkritischer Umgang mit der bestehenden EU kritisiert. Inzwischen wird aber auch der Ruf nach politischer Zusammenarbeit laut. Sebastian Weiermann forderte im »nd«, als Linke in der Bewegung dafür einzustehen, dass »die europäischen Werte, von denen bei »Pulse« immer wieder die Rede ist, sich am Umgang der EU mit Geflüchteten und Armen messen lassen müssen.« Man müsse aufzeigen, dass aus der EU »ein Projekt der sozialen Gerechtigkeit und Freizügigkeit werden muss, um nicht immer neue Krisen hervorzubringen.«

Nun meldeten sich Bundestagsabgeordnete der LINKEN in einem Offenen Brief mit einem »Gesprächsangebot« an die OrganisatorInnen zu Wort. »Wir teilen die Sorge um den Aufstieg rechter und faschistischer Kräfte und begrüßen, dass viele Menschen gegen diesen aktiv werden«, heißt es in dem von Dieter Dehm, Andrej Hunko, Alexander Ulrich und Fabio de Masi unterschriebenen Text. Man frage sich jedoch, »ob ein einfaches »Für die EU« die richtige Antwort auf die aktuelle Krise sein kann.« Müsse die EU nicht verändert werden, damit sie überleben könne?

Die Linkspolitiker schlagen vor, gemeinsam verstärkt über zwei politische Stoßrichtungen zu diskutieren: Erstens über die Frage, ob die EU »in erster Linie zur Sicherung des Friedens gegründet wurde«, wie es in den Thesen der Bewegung heißt. In dem Brief machen sie darauf aufmerksam, dass einige Aspekte europäischer Politik in eine andere Richtung weisen, darunter »das Zwei-

prozent-Ziel der NATO, die EU-Arme, die EU-Verteidigungsunion und das laute Nachdenken über eine »Atommacht EU«.

Zweitens wollen die Linkspolitiker die soziale Frage in Europa konkretisieren. Die wachsende soziale Ungleichheit innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten und zwischen ihnen habe mit der vertraglichen Grundlage der EU zu tun, die auf Wettbe-

Bereits 2016 wurde die Bewegung gegründet, in den vergangenen Wochen wuchs sie stark an. In linken Foren werden der politische Pluralismus und ein unkritischer Umgang mit der bestehenden EU kritisiert.

werb setze. Die Linkspolitiker fragen die OrganisatorInnen von »Pulse of Europe«, welche Reformen im sozialen Bereich ihnen konkret für die EU vorschweben, um ihr mehr Legitimität zu verschaffen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die LINKE-Abgeordneten Andrej Hunko und Dieter Dehm Kontakt mit unstrittenen Bewegungen suchen. Auch die Montagsmahnwachen, deren OrganisatorInnen im Gegensatz zu »Pulse of Europe« Kontakte in die rechte Szene pflegten – mit dabei war etwa Jürgen Elsässer –, aber anfangs ein breites Spektrum von BürgerInnen aus, sorgten 2014 für Diskussionen in linken Gruppen und in der Partei. Einige Abgeordnete setz-

ten sich dafür ein, mit den TeilnehmerInnen in einem solidarischen Austausch zu kommen, um über die Ziele der Bewegung zu diskutieren und rechten Verschwörungstheorien und Antisemitismus entgegenzutreten. Diese Intervention wurde damals in der Partei und in linken Organisationen stark kritisiert. Ein Parteibeschluss untersagte dann jede Zusammenarbeit mit den Mahnwachen, die als »rechtsextrem, verschwörungstheoretisch und antisemitisch« eingestuft wurden.

Auch bei »Pulse of Europe« fürchten einige Linke eine Offenheit nach rechts. Geschürt werden solche Befürchtungen etwa von Wortäußerungen einer Teilnehmerin in Dresden, die gesagt hatte, dass auch Pegida-Anhänger teilnehmen könnten – sollten sie für ein geeintes Europa demonstrieren wollen. Auch dass sich die Bewegung nicht als »links« definiert, sorgt für Unwohlsein. In den Grundsätzen heißt es lediglich, »Pulse of Europe« sei eine zivilgesellschaftliche Initiative, »überparteilich und überkonfessionell«, in die sich alle einbringen könnten, »die sich auf die europäischen Grundidee einlassen.«

Die Bewegung wächst derweil an. Am vergangenen Sonntag waren in 68 Städten Europas Tausende auf die Straße gegangen, Schwerpunkt ist nach wie vor Deutschland. Initiiert wurden die Proteste von einem Ehepaar in Frankfurt am Main, von den Rechtsanwältinnen Daniel und Sabine Röder. Aktionen gibt es inzwischen aber auch in acht französischen Städten, zudem in Amsterdam, Stockholm, Brüssel und Lissabon. Allein in Berlin waren am Wochenende rund 6500 Menschen auf der Straße. Kolumne Seite 4

DEBATTE

Demos für den Neoliberalismus

Ein kritisches Herangehen an »Pulse of Europe« ist notwendig, findet Ralf Krämer

Viele Menschen haben das berechnete Bedürfnis, dem erstarkenden Rechtspopulismus und Nationalismus ihren Protest entgegenzusetzen. »Pulse of Europe« bietet dafür einen Rahmen. Vor allem ein gutbürgerliches Publikum versammelt sich hier und demonstriert »für Europa«. Aber wird »Pulse of Europe« damit »ein Partner für die Linke«, wie etwa Sebastian Weiermann in »nd« schreibt?

Auf der Website pulseofeurope.eu wird völlig kritiklos ein Positivbild von einem »vereinten, demokratischen Europa« gemalt, in dem angeblich »die Achtung der Menschwürde, die Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Respekt selbstverständliche Grundzüge des Gemeinwesens« sind. Die Europäische Union sei »in erster Linie ein Bündnis zur Sicherung des Friedens«. Als sechste Grundthese dann ziemlich purer Neoliberalismus: »Die europäischen Grundfreiheiten sind nicht verhandelbar. Personalfreizügigkeit, freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr (tatsächlich geht es um Kapitalverkehrsfreiheit, RK) und Dienstleistungsfreiheit – die europäischen Grundfreiheiten – sind historische Errungenschaften, die aus Nationalstaaten eine Gemeinschaft gemacht haben. Sie sichern individuelle Freiheit und Wohlstand.« Viele Millionen Menschen, besonders in Südeuropa, die durch die Eurokrise und eine von Troika und Europäischer Union erzwungene Austeritätspolitik in Armut gestürzt wurden, haben ganz andere Erfahrungen gemacht. Weder die zunehmende Militarisierung der Union, ihr menschenverachtender Umgang mit Flüchtlingen, noch ihre Handelspolitik zugunsten der Konzerne und auf Kosten der Menschen in Afrika werden erwähnt.

Die heutige EU stellt die Binnenmarktfreiheiten des Kapitals über soziale und demokratische Rechte, auch wenn diese in einzelstaatlichen Gesetzen garantiert sind. Streikrecht, Geltung von Tarifverträgen oder soziale Mindeststandards werden ausgehebelt. Nicht umsonst fordern die Gewerkschaften, dies mit einer Sozialklausel in den Verträgen zu stoppen. Die EU-Kommission treibt mit immer neuen Richt-

und weiteren EU-Rechtsakten in einer fast unumkehrbaren Weise verankert. Die gegenwärtige EU bedeutende Aushöhlung von Demokratie.

Die allermeisten Menschen auf diesen Veranstaltungen wissen das nicht. Sie haben nicht verstanden, dass diese Entwicklung der real existierenden EU ein Hauptgrund für den Aufschwung der Rechtspopulisten und Nationalisten ist, den sie bekämpfen wollen. Und »Pulse of Europe« erklärt es ihnen auch nicht – im Gegenteil. Kollegen der Initiative »Europa neu begründen« berichten, dass sie dort am Rande gehindert wurden und progressive, linke Kritik an der Europäischen Union offenbar unerwünscht ist. Dennoch sollten Linke dies weiter versuchen und mit Flugblättern usw. auflärken und ihre Positionen und Argumente an die Menschen bringen.

Sich an einer kritiklosen EU-Bejubelung beteiligen sollten sie aber keinesfalls. Damit würde nur den herrschenden Neoliberalen der Rücken frei gehalten, im Windschatten der Rechtspopulisten ihre antisoziale und antidemokratische Politik weiterzutreiben. Sie versuchen auch US-Präsident Donald Trump zu nutzen, um bisherige Widerstände gegen Aufrüstung und neoliberale Freihandelsverträge zurückzudrängen. Die Aufgabe von Linken ist es, die Neoliberalen und Konservativen unter Druck zu setzen, nicht sich mit ihnen in ein Boot zu setzen. Wer ein soziales und demokratisches Europa will, muss für eine andere als die bestehende neoliberale, undemokratische und militaristische EU kämpfen.



Ralf Krämer arbeitet als Gewerkschaftssekretär, ist Mitglied des Parteivorstands der LINKEN und einer der Bundessprecher der Strömung Sozialistische Linke.
Foto: Burkhard Lange

nientwürfen Liberalisierung, Marktöffnung und Privatisierung voran. Demokratische Steuerungsmöglichkeiten zum Beispiel durch öffentliche Unternehmen, Auftragsvergabe oder Landesbanken wurden massiv eingeschränkt.

Mit »refit« und »beter regulation« werden Finanzmarktregulierung, Arbeitszeiterfassung, Arbeits- oder Gesundheitsschutz blockiert, wenn sie Profitinteressen hemmen. Die im Gefolge der Eurokrise verschärfte Economic Governance der Europäischen Union ist auf einseitig neoliberale Krisenbewältigungspolitik festgelegt. Dieser zunehmend autoritäre Neoliberalismus ist in den Verträgen

Der Debattebeitrag von Sebastian Weiermann (erschien im »nd« vom 29.3.) ist unter <http://das.nd.de/pulse> zu lesen.